

Es ist das größte Marinemanöver der Welt: »Rimpac 2018«, eine von der U. S. Navy geführte Seekriegsübung, die an diesem Mittwoch beginnt. Rimpac ist die Abkürzung für »Rim of the Pacific« (Rand des Pazifiks, jW). Der Name rührt daher, dass die Vereinigten Staaten in das Manöver, das sie seit 1971 regelmäßig vor Hawaii durchführen, vor allem Anrainer des Pazifischen Ozeans einbeziehen. Gestartet mitten im Kalten Krieg als antikommunistische Machtdemonstration gegen die Sowjetunion und die Volksrepublik China, dient die Übung heute vor allem dazu, in der Rivalität mit Beijing den Hegemonialanspruch der USA im Stillen Ozean zu markieren. Hat Rimpac einst als Manöver der USA mit vier besonders engen Verbündeten begonnen – Kanada, Australien, Neuseeland, Großbritannien –, so ist es im Laufe der Zeit stark gewachsen. Dieses Jahr nehmen über 25.000 Soldaten aus 26 Staaten mit 47 Schiffen, fünf U-Booten und mehr als 200 Luftfahrzeugen daran teil. Zum zweiten Mal seit 2016 ist die Bundeswehr mit dabei.

Was treibt die Bundeswehr im Pazifischen Ozean? Nun, zunächst einmal beteiligt sie sich an einem vielfältigen und anspruchsvollen militärischen Trainingsprogramm. Laut Auskunft der U. S. Navy soll »eine große Bandbreite« an Operationen geübt werden: von klassischer Katastrophenhilfe über »maritime Sicherheitsoperationen« bis hin zu komplexer Kriegführung, Amphibische Operationen, Schießtraining, Übungen zur U-Boot- und zur Luftabwehr, Piratenbekämpfung, Minenräumen, Tauch- und Rettungsoperationen – an alles ist gedacht. Deutsche Marinesoldaten werden sich nur an einem kleinen Teil der Übungen beteiligen, aber immerhin. Man wolle mit Rimpac die »Letalität« (Tödlichkeit), die »Resilienz« (Widerstandsfähigkeit) und die »Agilität« (Beweglichkeit) der beteiligten Marinen optimieren, teilt die U. S. Navy mit: Dies sei nötig, um »Aggressionen größerer Mächte auf allen Konfliktfeldern und -ebenen abzuschrecken und abzuwehren«.

Aggressionen größerer Mächte? Von den Staaten, die in der Weltpolitik eine wirklich bedeutende Rolle spielen, sind nur zwei nicht an Rimpac beteiligt: Russland und China. Russland nahm 2012 zum ersten Mal teil, wurde aber schon 2014 – der Machtkampf um die Ukraine war eskaliert – wieder ausgeladen. China wurde 2014 und 2016 in Rimpac eingebunden; allerdings störten sich schon damals nicht wenige in Washington an dem Ver-



Pazifische Machtdemonstration: Der Flugzeugträger USS Carl Vinson verlässt San Diego, um an Rimpac teilzunehmen (18. 6.)

Test der »Tödlichkeit«

Die Bundeswehr beteiligt sich am Marinemanöver »Rimpac 2018« im Pazifik. Im Visier stehen China und Russland. Von Jörg Kronauer

such der Obama-Administration, angesichts des eskalierenden Konflikts im Südchinesischen Meer das Großmanöver im Pazifik zu nutzen, um die Beziehungen ein wenig zu verbessern. Damit ist es nun vorbei. Washington hat Beijing Ende Mai kurzfristig ausgeladen und das offiziell mit dem Konflikt im Südchinesischen Meer begründet. Weil China dort auf einigen Riffen militärische Einrichtungen baue, werde man Rimpac von nun an ohne die chinesische Marine durchführen, erklärte US-Verteidigungsminister James Mattis am 2. Juni beim diesjährigen »Shangri-La Dialogue«, einer in Singapur abgehaltenen außen- und militärpolitischen Konferenz, die inzwischen als asiatisches Gegenstück zur »Münchener Sicherheitskonferenz« gilt.

China nimmt an Rimpac also nicht mehr teil, dafür wird in diesem Jahr zum ersten Mal Vietnam eingebunden – das Land also, mit dem die Vereinigten Staaten noch Krieg führten, als sie 1971 das Manöver zum ersten Mal abhielten. Vietnam ist, nach Japan, einer der schärfsten Rivalen Chi-

nas in Asien. Beide Länder führten zuletzt 1979 gegeneinander Krieg, und noch 1988 kam es zu einem heftigen Seeschlacht mit mehr als 60 Todesopfern, als Beijing und Hanoi sich über ein Riff der Spratly-Inseln in die Haare gerieten. »Die USA betrachten Vietnam als potentielles Gegengewicht zu Chinas Dominanzstreben in Südostasien, vor allem im Südchinesischen Meer«, erläuterte Ende Mai das US-Militärblatt *Stars and Stripes*. So komme es, dass Washington »sein Embargo für den Verkauf tödlicher Waffen an Vietnam im Jahr 2016 aufgehoben« und dass in diesem Frühjahr erstmals ein US-Flugzeugträger einen Hafenbesuch in Vietnam unternommen habe. Nun nehmen die Streitkräfte des Landes also auch an Rimpac teil.

Und nicht nur sie: Auch Indien ist mit Marineeinheiten vertreten. Westliche Strategen zielen schon lange darauf ab, die traditionelle Konkurrenz der beiden größten asiatischen Mächte zu nutzen, um Neu-Delhi gegen Beijing in Stellung zu bringen. Ob das gelingt, ist noch lange nicht ausgemacht. Indien besteht bisher auf Unabhängig-

keit. So ist es im vergangenen Jahr der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) beigetreten, einem auch militärpolitisch aktiven Bündnis um China und Russland. Die Beteiligung an Rimpac zielt nun aber in eine andere Richtung. Indische Beobachter notierten aufmerksam, die indische Marine werde sich im Rahmen des Manövers an der Seite von Truppen nicht nur der USA, sondern auch Japans und Australiens bewegen. Diese vier Staaten sind – unter der Bezeichnung »Quad« (Quadrilateral Security Dialogue) – seit einiger Zeit über eine engere Militärkooperation im Gespräch. Entsprechend ist in Washington immer öfter nicht von »asiatisch-pazifischer«, sondern von »indo-pazifischer Sicherheit« die Rede.

Ob's bei alledem ein Zufall war, dass deutsche Marinesoldaten im Rahmen von Rimpac 2016 an einer Übung teilnahmen, bei der eine Insel von einer – laut Manöverszenario – »radikalen Miliz« namens Draco »befreit« werden sollte? Draco ist ein lateinisches Wort, es heißt auf deutsch Drache, und dieser gilt als Symbol für China.

Hintergrund Hoheitsgewässer

Nicht nur im Rahmen von Rimpac sind deutsche Militärs in ost-asiatisch-pazifischen Gewässern unterwegs. Deutsche Beobachter beteiligen sich auch – das hat Frankreichs Verteidigungsministerin Florence Parly kürzlich ausgeplaudert – an Patrouillenfahrten im Südchinesischen Meer.

Vor allem die Vereinigten Staaten veranstalten dort regelmäßig derartige Touren – häufig in Form sogenannter Freedom of Navigation Operations. Im Hintergrund steht der Streit darum, wem die zahlreichen Inseln und Riffe im Südchinesischen Meer gehören. Anspruch darauf erheben neben der Volksrepublik China fast alle anderen Anrainerstaaten des Meeres. Die meisten haben auch begonnen, einzelne Riffe militärisch zu nutzen. Die westlichen Staaten erkennen dabei gezielt Chinas Ansprüche nicht an. Diejenigen anderer Länder werden nicht hinterfragt. Um die Nichtanerkennung deutlich zu machen, genügt es, die Zwölf-Meilen-Zone vor einem von Beijing beanspruchten Riff mit einem Kriegsschiff zu durchqueren. Denn die chinesische Interpretation des Völkerrechts – übrigens auch die vietnamesische – geht davon aus, dass man die Durchfahrt eines Kriegsschiffs vorab beim Küstenstaat anmelden muss. Indem US-Kriegsschiffe dies verweigern, stellen sie klar, dass die Volksrepublik das betreffende Riff ihrer Ansicht nach zu Unrecht nutzt. Selbst die offiziöse Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik hat die US-Praktiken einmal verächtlich »moderne Kanonenbootpolitik« genannt. Seit geraumer Zeit führen nun auch Frankreich und Großbritannien solche Patrouillenfahrten durch. Beim diesjährigen »Shangri-La Dialogue« gaben Parly und ihr britischer Amtskollege Gavin Williamson bekannt, sie würden diese Fahrten in Zukunft sogar noch ausweiten. Parly fügte hinzu: »Auch deutsche Beobachter haben sich auf unseren Schiffen eingeschifft.« Laut Berichten hat es sich dabei um das französische Schiff »Dixmude« gehandelt, das die Hoheitsgewässer einiger von China militärisch genutzter Spratly-Riffe passierte. (jk)

Südpazifische Inseln bevorzugt

Ministaaten bei »Rimpac 2018«. Ziel des Westens: Chinas Einfluss beschränken

Unter den 26 Staaten, die an »Rimpac 2018« teilnehmen, befindet sich einer, den hierzulande kaum jemand kennt: Tonga. Das Königreich zählt rund 170 Inseln im Südpazifik zu seinem Territorium, von denen 36 bewohnt sind. Auf ihnen leben etwas mehr als 100.000 Menschen. Tongas Streitkräfte umfassen nicht einmal 500 Soldaten. Und dennoch ist ihre Einbindung in das Manöver mehr als eine Fußnote wert.

Tonga, Fidschi, die Salomonen, Tuvalu, Vanuatu und einige mehr: Das sind die kleinen Staaten der Inselwelt im Südpazifik, nordöstlich von Australien, nahe an der Datums-grenze und, so lautet die landläufige

Meinung, weltpolitisch völlig ab vom Schuss. Letzteres beginnt sich allerdings als Fehleinschätzung zu erweisen. Denn der Kampf zwischen China und dem Westen um Einfluss erreicht inzwischen ebene süd-pazifische Inselwelt. Beijing gewährt den kleinen Ländern der Region, die der Westen weitgehend vernachlässigt hat, Entwicklungshilfe, es unterstützt sie beim Aufbau ihrer Infrastruktur. Die Volksrepublik baut Straßen, hat den Bau eines großen Hafens in Vanuatu finanziert, ist angefragt worden, einen Flughafen auf den Salomonen zu errichten – und der chinesische Konzern Huawei hätte wohl ein Unterseekabel von dort nach Australien verlegt, hätte Canberra das nicht

in letzter Minute mit aller Macht verhindert. Australien fürchtet um seinen Einfluss in seinem unmittelbaren Hinterhof; doch das ist nicht alles.

Im Machtkampf zwischen dem Westen und China gewinnen die Inseln des Südpazifiks auch geostrategische Bedeutung. Wieso das so ist, hat Anfang Juni US-Verteidigungsminister James Mattis beim »Shangri-La Dialogue« in Singapur erklärt. Die Inseln im Pazifik seien »Amerikas Tor in den Indopazifik«, in den Indischen Ozean und zu Teilen Südostasiens also, erläuterte Mattis. Deshalb werde Washington seine Aktivitäten in der Region verstärken. Westliche Strategen gehen davon aus, dass Beijing sich im Südpazifik auf

Dauer nicht auf Entwicklungshilfe und sonstige ökonomische Tätigkeiten beschränken wird. Die Volksrepublik sei seit Jahren dabei, Schritt für Schritt ihre Kontrolle über die angrenzenden Meere zu erkämpfen, zur Zeit vor allem über das Südchinesische Meer, schrieb kürzlich Peter Jennings, Leiter des einflussreichen Australian Strategic Policy Institute (ASPI) aus Canberra. Jennings hat recht: China strebt danach, die Bewegungsfreiheit potentiell feindlicher Marinen vor seinen Küsten einzuschränken.

Auf lange Sicht werde die Volksrepublik sich dabei wohl nicht auf das Süd- und das Ostchinesische Meer beschränken, vermutet Jennings:

Größerer chinesischer Einfluss im Südpazifik könne die Chance bieten, den pazifischen Manövrierraum US-amerikanischer Flotten zu reduzieren. Das wiederum werden die USA und ihre westlichen Verbündeten kaum akzeptieren. Der britische Außenminister Boris Johnson hat in der Tat bereits angekündigt, London werde neue Botschaften auf Vanuatu, Samoa und Tonga eröffnen. Das ist Teil der Absicht, nach dem Austritt aus der EU die Beziehungen ins einstige britische Kolonialreich wieder zu stärken, dient aber darüber hinaus dem Bestreben, den chinesischen Einfluss zu beschränken. Und dazu trägt auch die Einbindung Tongas in Rimpac 2018 bei. Jörg Kronauer